

Die weltpolitische Lage am Vorabend der Münchner Sicherheitskonferenz

von Christian Hacke

Erkenne die Lage – diese Maxime von Gottfried Benn hat mit Blick auf die Internationale Politik am Vorabend der Sicherheitskonferenz in München keine lyrische, sondern realpolitische Bedeutung: Wie schätzen die Führer der Welt die Lage ein und welche Schlussfolgerungen ziehen sie für die Außenpolitik ihres Landes und für die gesamte Staatenwelt? Wird nackter Interessenegoismus oder globales Verantwortungsbewusstsein dominieren?

Die Staatenwelt hat seit der Zeitenwende 1990 und dann nach dem 11. September 2001 zwar ihre Fehler, Versäumnisse und Egoismen mit atemberaubender Geschwindigkeit globalisiert. Dass die Weltgesellschaft aber auch ihre Stärken entsprechend nachhaltig entwickelt hätte, ist frommer Wunsch geblieben. Der Blick auf die bestehenden Krisenherde macht nachdenklich. Nicht die Vision einer liberal-demokratischen Weltfriedens, sondern machtpolitische Konflikte, weltanschauliche Gegensätze und vor allem religiöse Konfliktlinien und Terror mit globaler Reichweite prägen das Weltgeschehen.

Auch hat sich die chronisch brisante Lage in verschiedenen Regionen verschärft, dass die Entwicklungen im Nahen Osten auf der Münchner Konferenz intensiv erörtert werden müssen. Seitdem die iranische Führung durch anti-israelische Rhetorik und durch nukleare Ambitionen irritiert, wird der Krisenherd Nahost in München besondere Aufmerksamkeit erfahren, zumal auch die Terrororganisation Hamas, jahrelang iranisches Schoßkind, seit ihrem überraschenden Wahlsieg zu schlimmsten Befürchtungen Anlass gibt. Auch Syrien spielt eine zwielichtige Rolle, die

nicht vergessen werden sollte. Doch auf Teheran haben weder amerikanischer Druck noch europäische Dialogbereitschaft Eindruck gemacht. Ebenfalls befremdet, dass die arabischen Nachbarn selbst, vor allem die reichen arabischen Ölförderländer, weder die nötige Demokratisierungsbereitschaft im Innern zeigen noch in der Lage sind, regionale Verantwortung zu übernehmen.

Weltpolitische Verantwortung als angemessene Staatsräson angesichts der globalen Herausforderungen bleibt außerhalb der atlantischen Staatengemeinschaft ohne Echo. Werden also Europa und Amerika allein den Nahen Osten stabilisieren können? Bleibt noch anzumerken, dass sich die Europäer mit ihrer Hilfe gegenüber Palästina nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben. Eine korrupte Elite hat den Geldsegen aus Europa vorerst fürstlich unter sich aufteilen können, weil die Europäer die Hilfe nicht streng genug konditionierten, also an politischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu knüpfen. In ihrer Kritik gegenüber Israel haben dagegen viele Europäer über das Ziel hinausgeschossen. Hier muss eine neue Balance gefunden werden, sollte Europa als helfender und ausgleichender Faktor in der Region ernst genommen werden. Vielleicht werden die atlantischen Demokratien in München versuchen, die UNO stärker ins Spiel zu bringen, doch befindet sich die Weltorganisation selbst in schlechter Verfassung. Die deutsche UNO-Politik von Rot-Grün hat mit ihrer Forderung nach einem Ständigen Sitz für Berlin weder die eigene Position verbessert noch das Reformvorhaben in New York gestärkt. Was wird Frau Merkel besser und anders machen? Die UNO muss wirkungsvoller werden, wenn gegenüber dem Iran bei Nicht-einlenken Sanktionen Wirkung Erfolg haben sollen. Oder wird sich die Welt mit einem nuklearen Iran abfinden (müssen), weil Nordkoreas schlechtes Beispiel - stillschweigend anerkannt - jetzt Schule macht? Die

Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, besonders an Terrororganisationen, ist zur Hauptbedrohung des 21. Jahrhunderts geworden. Den zweiten aktuellen Brennpunkt bildet der Irak, der nach wie vor am Rande des Bürgerkrieges steht. Der Krieg gegen und dann im Irak hat den Terrorismus nicht eingedämmt, sondern erst weiter angefacht. Die amerikanische Irak-Politik erweist sich mit jedem Tag immer mehr als Desaster, auch für die Terrorbekämpfung. Die Weltmacht USA hat seitdem an Autorität, Vertrauen und Ansehen eingebüßt. Amerika selbst ist tief gespalten, aber der Riss geht schon lange durch die Republikanische Partei und mittlerweile auch durch die Regierung Bush. Zweifel gegenüber Washington bestehen nicht an der Notwendigkeit, die Freiheit zu verteidigen und verbreiten, sondern an der Fähigkeit Amerikas, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die rigorose und anmaßende Politik der Demokratisierung als Mittel gegen Terror hat den Antiamerikanismus in der Welt gestärkt, weil die Methoden sich als zu plump, zu militant und zu naiv erwiesen haben. Vor diesem Hintergrund gleicht public diplomacy im Stile von Condoleezza Rice und Karen Hughes einem bizarren Versuch mit hochglanzpolierter Diplomatie vom Versagen abzulenken. Waren die USA die vergangenen hundert Jahre Zuflucht und Hoffnung für eine bessere Welt, so scheint Präsident Bush dieses umsichtig angesammelte Kapital im Irakkrieg sehr schnell aufzubrechen. Wird Verteidigungsminister Rumsfeld in München endlich die Verantwortlichkeit und Ernsthaftigkeit zeigen, die der verfahrenen amerikanischen Politik angemessen wären?

Die Welt erwartet dringlicher denn je eine überzeugende und kluge Weltordnungsmacht USA, zu der es keine realistische Alternative gibt. Seit dem Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg, im Kalten Krieg und im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts haben die USA eindrucksvoll bewiesen, dass sie für Freiheit und Fortschritt kraftvoll eintra-

ten, wenn dies ihrer eigenen Interessenlage entsprach. Doch seit dem Irakkrieg ist zwischen den USA und dem Rest der Welt eine tiefe Kluft entstanden. Vor allem hat der amerikanisch-deutsche Streit die transatlantische Welt und auch Europa gespalten, weil Deutschland seine klugen Argumente gegen den Krieg undiplomatisch und anmaßend formuliert hat. Doch noch schlimmer war, dass die rot-grüne Bundesregierung sich im Zuge der Irakkontroverse mit falschen Freunden gegen den bewährten Freund stellte. Die Achse Paris-Berlin-Moskau als untragbare und irreführende Antwort sollte in München endlich zu Grabe getragen werden. Der Kurswechsel um 180 Grad unter Rot-Grün zu einer Politik der Eindämmung der USA an der Seite des „lupenreinen Demokraten“ aus Moskau, der Kommunisten in Peking und des ambitionierten Präsidenten in Paris war von fataler Konsequenz.

Was wird vor diesem Hintergrund die außenpolitische Botschaft der neuen Bundeskanzlerin in München sein? Bei ihrem Antrittsbesuch in Washington hat sie erklärt, dass sie das Angebot von Präsident Bush senior für „partnership in leadership“ mit Leben erfüllen wolle. Nun werden diesen Worten Taten folgen müssen. Ihre ersten Auftritte auf der Weltbühne in Paris, Brüssel, London, Rom, Warschau, Moskau und Tel Aviv zeigen überraschend schnelle Lernfähigkeit und diplomatisches Geschick.

Zu viel und zu lange hatte Rot-Grün sich selbst, Deutschland und Europa schöngeredet. Ein neuer deutscher Realismus tut Not, im Interesse des Landes und im Interesse Europas. Wird Frau Merkel in München deutsche Interessen programmatisch darlegen? Neue diplomatische Geschmeidigkeit macht erst Sinn, wenn eine schonungslose Bestandsaufnahme deutscher Außenpolitik mit einem kraftvollen Neuansatz verknüpft wird.

Aber was kann sie in die Waagschale werfen? Bleiben wir realistisch: Auch unter schwarz-roter Führung bleibt Deutschland vorerst schwäch-

lich. Frau Merkel versprach in Davos soviel Wirtschaftswachstum, dass Deutschland in den nächsten zehn Jahren zu den ersten Drei gehören soll. Aber reichen dazu die innenpolitischen Reformansätze aus angesichts der gigantischen Staatsverschuldung, um die alte Lokomotive Deutschland so schnell wieder unter Dampf zu setzen?

Merkels Außenpolitik bleibt vorerst ein Drahtseilakt, denn die Mittel und der Wille für kraftvolle Erneuerung könnten durch den sozialdemokratischen Koalitionspartner gehemmt werden. Deshalb steht diese Koalition vor dem Dilemma, entweder Spaltung zu riskieren oder in Stagnation zu versinken. Nicht nur Merkels Autorität ist angestiegen, sondern auch - ungeachtet der BND-Affäre - die von Außenminister Steinmeier. Mit einer klaren linken Stimmenmehrheit im eigenen Land, den schon eingeschliffenen antiamerikanischen Reflexen, lässt sich nur schwer ein nachhaltiger außenpolitischer Kurswechsel vollziehen, der den Spagat zwischen Kontinuität und Wandel konstruktiv bewältigt und den neuen Herausforderungen gerecht wird.

Die politische Farbenlehre der Bundesrepublik wird sich in München bestätigen: Schwarz-Rot ist aufeinander angewiesen, auch in der Außenpolitik. Wer zuerst und zu krass den Zwang zum Konsens aufkündigt, der löst nicht, sondern schafft Probleme. Doch dieser Zwang zur außenpolitischen Doppelspitze ist nur aus sozialdemokratischer Sicht und aus der Sicht des Außenministers zwingend. Schon die ersten Monate zeigen, dass die Bundeskanzlerin außenpolitische Führung praktiziert, allerdings ohne bisher den Koalitionspartner zu verprellen.

Allein außenpolitische Erfolge der Bundeskanzlerin können die SPD zur außenpolitischen Anpassung zwingen. Umgekehrt droht bei außenpolitischen Fehlritten von Frau Merkel eine unerwünschte Stärkung des Koalitionspartners. Merkels Maxime der umfassenden Absprache nach innen und nach außen ist zwar das Gebot der Stunde, ob damit allerdings ef-

fektiver Wandel gelingen wird? Wie werden sich vor diesem Hintergrund die Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier in München präsentieren? Außenpolitische Lähmung und Selbstblockade wären für Deutschland, Europa und die Welt fatal. Fürchtete die Staatenwelt nach 1990 ein zu starkes, so hat sie heute Furcht vor einem zu schwachen, hilflosen, sich innenpolitisch blockierenden Deutschland. Deshalb blickt die Welt gespannt nach München.

Eine realitätsbezogene und zukunftsfähige Außenpolitik Deutschlands wird auch die verschiedenen innereuropäischen Gewichte klüger als bisher antizipieren müssen, auch in gesamteuropäischen Interessen. Vor allem muss Bundeskanzlerin Merkel endlich eine neue kraftvolle Mittel- und Osteuropapolitik entwickeln. Nicht nur Deutschland, der ganze Westen hat Putin gegenüber zu lange still gehalten. Dem fatalen Trend zu Präsidialdiktatur muss mit Blick auf Weißrussland mutiger als bisher entgegengetreten werden, sonst macht dieses Beispiel Schule.

In München muss der Selbstbehauptungswillen und das selbstlose Engagement der freien Demokratien gleichermaßen sichtbar werden. Die Europäer sollten sich zuerst um kraftvolle demokratische Entwicklungen in Europa kümmern und Diktatoren wie Lukaschenko in die Schranken weisen, anstatt schon reflexartig Amerikas Bemühungen um Nation-building zu kritisieren.

Seit Beginn der 90er Jahre erscheinen die Europäer ziemlich hilflos auf dem eigenen Kontinent, wenn es um die Fähigkeit geht, das Notwendige auch mit militärischem Nachdruck in die Tat umzusetzen. Bevor die Europäer wieder Amerikas Rolle mit Blick auf NATO kritisieren, sollten sie in München sich selbst kritisch fragen, wie es eigentlich um OSZE und WEU bestellt ist. Europäische Sicherheit ohne oder gar gegen Amerika ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss deshalb wieder stärker und

nachhaltiger transatlantisch, d.h. im Rahmen der NATO verankert werden. Hierzu erwarten viele Europäer und Amerikaner klare Worte aus Berlin.

Westeuropäische Arroganz gegenüber den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa war in den letzten Jahren nicht unüblich. Berlins Schweigen bei entsprechenden Maßregelungen aus Paris hat Deutschlands Rolle in Europa geschwächt und war unangemessen, denn heute geht europäische Dynamik von der Mitte und vom Osten aus. Der Westen und vor allem das Herz Europas Deutschland versinken in Passivität. Die Diskussion um den sog. Europäischen Verfassungsvertrag entpuppt sich als ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver von Chirac und Schröder, als public diplomacy schlechtesten Sorte, um vom desaströsen Zustand der europäischen Integration und der ineffektiven gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik abzulenken. Wird die Bundeskanzlerin Merkel in München mit neuen Anstößen zur Europapolitik aufwarten? Solange sich Deutschland nicht von den Rockschoßen Frankreichs löst, verspielt es weiter Kredit, auch in Mittel- und Osteuropa.

Die große entspannungspolitische Tradition der Bundesrepublik ist im Osten seit den 60er Jahren unvergessen. Eine neue Ostpolitik, angepasst an Globalisierung, Terrorbekämpfung und die neuen Herausforderungen, ist das Gebot der Stunde. Auch muss die Europäische Union den Stabilitätspakt auf dem Balkan auf eine neue Grundlage stellen. Ohne die Regelung der völkerrechtlichen Statusfrage im Kosovo bleibt alles Engagement der Europäer auf Sand gebaut. Nach dem Tod von Präsident Rugova muss die Kosovo-Frage energischer denn je angepackt werden. Was werden die Vertreter der Balkanstaaten selbst hierzu in München sagen?

Die Bundeskanzlerin sollte aus krisenpolitischen und grundsätzlichen Überlegungen bald zu neuen ostpolitischen Ufern aufbrechen - in Ab-

stimmung und nicht gegen die USA. Bundeskanzler Brandt, Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher haben das Ansehen und den deutschen Handlungsspielraum nach Osten vermehrt und dabei die USA mit ins Boot gezogen. Nicht die USA, die Bundesrepublik war zeitweise Entspannungsvormacht im Herzen Europas. Daran muss Deutschland wieder anknüpfen.

Doch an die großen, 50jährigen außenpolitischen Traditionen der alten Bundesrepublik wird heute in Deutschland kaum mehr erinnert. Die Erinnerungskultur konzentriert sich auf 1933 – 1945; sie sollte endlich auch die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik von 1949 – 1990 mit einbeziehen. Rot-Grün hat diese Traditionslinien bewusst ausgedünnt, deshalb versinkt Deutschland in außenpolitischer Orientierungslosigkeit. Frau Merkel muss diese Traditionslinien mit neuem Leben füllen, denn Außenpolitik ist und bleibt Deutschlands Schicksal. Sie muss vor allem die Lebenslüge der vergangenen Europapolitik von Rot-Grün bloßlegen: heute zeigt sich, dass Erweiterung und Vertiefung der EU, wie von Rot-Grün gleichermaßen gefordert, weder möglich noch machbar sind. Die notwendige Erweiterung wird zwangsweise auf Kosten der Vertiefung gehen. So lange daraus nicht die realistischen Schlussfolgerungen für den Integrationsprozess gezogen werden, wird die EU kein Teil der Lösung, sondern Teil des Problems von Deutschlands und Europas Rolle in der Welt bleiben.

Folglich erwarten viele in München von der Bundeskanzlerin neue Führungsstärke bei der dringend benötigten Reaktivierung eines atlantischen Europas. Dann wird auch in Washington das Verständnis größer für ein Europa, das seine Grenzen klar am Bosphorus definiert, aber dafür strauchelnden Europäern wie Bulgarien, Ukraine, Weißrussland und verschiedene Balkanstaaten entweder mutig-hilfreich oder kritisch-drängend unter die Arme greift. Weißrussland ist zum Schandfleck Europas gewor-

den, das muss in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten und in den europäischen Gemeinschaftsinstitutionen wie OSZE und WEU endlich unmissverständlich deutlich gemacht werden.

Von einem atlantisch orientierten und endlich einstimmig handelnden Europa würden ganz andere Impulse ausgehen, und Washington würde vor allem gegenüber einem solchen Partner aufgeschlossen reagieren.

In München erwartet die Weltöffentlichkeit, dass die Bundeskanzlerin Merkel mit klaren Gesten und klugen Akzenten die deutsche Außenpolitik neu einordnet. Freundschaft mit den USA, kritische Partnerschaft mit Russland und selbstkritische Bestandsaufnahme Deutschlands und Europas sind dabei zwingend.

Doch wird sie heiße Eisen in München anpacken? Können sich Deutschland und Europa auf alle Zeiten aus dem Irak fernhalten angesichts wachsender Anarchie und Zerfallserscheinungen? Liegt der Wiederaufbau nicht auch im europäischen Interesse? Wo könnten kluge Kompromisse mit den USA mit Blick auf eine gemeinsame Irakpolitik gefunden werden? Wie definieren sich Deutschland und Europa mit Blick auf die besorgniserregenden Entwicklungen im Nahen Osten von Ramalla über Tel Aviv bis Teheran? Als kühle Machtpolitikerin hat Frau Merkel einen sachorientierten, pragmatischen Führungsstil eingeführt, der sich wohl tuend vom außenpolitischen Halbstarkentum von Rot-Grün abhebt.

Im geschmeidigen Merkel-Stil können auch kritische Sachfragen und Meinungsverschiedenheiten mit größerer Aussicht auf Erfolg geregelt werden. Das ist dringend nötig, denn im Zeichen von Globalisierung führen die krisenpolitischen Zündschnüre rund um den Globus und sind eng verflochten. Wer heute die Lunte legt, kann auf weltweite Wirkung hoffen. Das macht Weltpolitik nicht einfacher. Ob im Nahen Osten, in Asien, auf dem Kaukasus oder anderswo – die ganze Welt ist heute von den dunklen Seiten von Globalisierung betroffen. Alle Staaten müssen des-

halb mehr globales Verantwortungsbewusstsein entwickeln. Doch die Wirklichkeit sieht nicht so rosig aus. Neue geostrategische und energiepolitische Rivalitäten prägen das Verhalten der großen Mächte.

Ordnung, Stabilität und Sicherheit als zentrale Anliegen der Weltgesellschaft können zu Beginn des 21. Jahrhunderts nur realisiert werden, wenn intensiver kooperiert wird und vor allem, wenn eine herausragende Macht das Weltsystem organisiert und strukturiert.

Die Geschichte hat gezeigt, dass unter politischen, militärischen und ökonomischen Gesichtspunkten weder bipolare noch multipolare Systeme Sicherheit und Stabilität garantieren, sondern erst große Land- oder Seeimperien für eine gewisse hegemoniale Stabilität sorgen. Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, sind einzig die USA als sanfter Hegemon in der Lage, in dieser unipolaren Welt für eine entsprechende hegemoniale Stabilität zu sorgen. Sie erscheint immer noch als die beste aller realisierbaren Welten.

Die aktuelle Tragik besteht allerdings darin, dass derzeit wegen des Irakkrieges dieser Grundsatz aus tagespolitischen Erwägungen weniger Zustimmung in der Welt erfährt als notwendig wäre.

Diese ambivalente Einschätzung der USA macht deutsche und europäische Außenpolitik nicht leicht. Aber der alte Kontinent wird erst dann wieder ein zuverlässiger, berechenbarer und vor allem einflussreicher Partner, wenn er der irreführenden Illusion von der multipolaren Welt mit Europa als Gegengewicht zu den USA abschwört.

Bundeskanzlerin Merkel hat entsprechende, neue Akzente gesetzt. Hier geht es langfristig um politische Interessen, die klugerweise nicht im Gegensatz zu den USA entwickelt werden dürfen. Das gilt weltweit und aktuell auch mit Blick auf Asien. Von dort geht heute weltpolitische Dynamik aus, nicht nur wirtschaftspolitisch. Deutschland sollte dabei z.B. seine Wirtschaftsinteressen nach wie vor bilateral mit den asiatischen Part-

nern entwickeln und zugleich auf europäische und atlantische Einbettung achten, andererseits jedoch nicht die Konkurrenz Aspekte vernachlässigen.

Hegemonie oder Gleichgewicht? Diese ursprünglich auf Europa bezogene Frage ist im Zeitalter von Globalisierung von weltweiter Bedeutung. Historisch bleibt diese Frage allerdings seit ca. 5.000 Jahren von ungelöster Kontinuität. Wandel bezieht sich primär auf Wirtschaft und Technik, die machtpolitischen Grundsätze und Schlussfolgerungen für die Internationale Politik hingegen bleiben zeitlos gültig. Sie zeigen sich lediglich im unterschiedlichen Licht der jeweiligen historischen und politischen Konstellationen.

Kehren wir zum Ausgangspunkt der Betrachtungen zurück und schließen mit der Schlusszeile aus Gottfried Benns Gedicht „Außenminister“: „Die Außenminister kamen in einer zweistündigen Besprechung zu einem vorläufigen Ergebnis: Öl und Pipeline Fragen, drei trugen Cutaway, einer einen Burnus.“

Hat sich also nur noch die politische Etikette im Laufe der Zeiten verändert? Warten wir ab, wir werden es in München sehen.